



Nur mit starken Kommunen aus der Krise

Die SPD im Bund bleibt verlässlicher Partner der Kommunen



Norbert Walter-Borjans, Annalena Rösberg, Landratskandidatin für den Kreis Viersen, und Olaf Scholz

Selten zuvor hatte die SPD bei der Kommunalwahl in NRW diese Situation: Die Corona Krise dominiert alles, und allen Unkenrufen zum Trotz ist der Bund für die Kommunalen viel mehr Partner als sonst. Gehörte es oft genug zum Standardprogramm vieler Wahlkämpfer, sich vom Bund abzusetzen, wirkt die kommunalfreundliche Haltung der SPD im Bund positiv.

Beispiel 1: Auf die massiven Steuerausfälle in Höhe von knapp 12 Milliarden hatte Olaf Scholz eine unmittelbare Antwort: Bund und Länder sollen die Ausfälle der Kommunen ausgleichen. Und so kommt es auch.

Beispiel 2: Die Befürchtung, die mit steigender Arbeitslosigkeit verbundenen Sozillasten könnten aus dem Ruder laufen, begegnet der Bund durch Ausweitung seiner Beteiligung an der Fi-

nanzierung, und zwar nicht nur einmalig: Durch die Übernahme von bis zu 75 Prozent der Kosten der Unterkunft erhalten die Kommunen unbefristet jährlich eine Summe in einer Größenordnung von 3 bis 4 Milliarden. Wofür seit Jahren gestritten wurde, geschieht jetzt. Sogar das Grundgesetz wird eigens dafür so geändert, dass das Geld auch tatsächlich bei den Kommunen ankommt.

Beispiel 3: Investitionen. Mögen dies Unterstützungen mit entsprechender öffentlicher Wirkung sein, sind andere nicht weniger beachtlich. Nach der Erstattung der Steuereinnahmen und Entlastung von den Sozialausgaben betreffen sie auch die Investitionen: eine Milliarde für den zusätzlichen Kita-Ausbau, eine weitere für die Krankenhäuser, vier Milliarden für Ausstattung und Ausbau der Gesund-

heitsämter, zwei Milliarden für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung – für die Schulen sind bereits zuvor ebenso hohe Mittel bereitgestellt worden.

Die Liste aus dem 130 Milliarden Euro Wumms von Olaf Scholz gibt noch zahlreiche Beispiele für kommunale Unterstützung her, etwa die zusätzlichen Mittel für den Sportstättenbau oder die 2,5 Milliarden zur Stützung des ÖPNV, um nur zwei weitere Beispiele zu nennen. Doch geht es dabei nicht nur um unmittelbare und dringend benötigte Hilfe. Sein Ziel, die besonders hoch verschuldeten Kommunen in NRW durch einen Altschuldenfond zu entlasten, war mit der CDU/CSU nicht zu machen, ärgerlich, aber in dieser Legislaturperiode nicht zu ändern. Aber die Aufgabe bleibt für die SPD auf der Tagesordnung.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Spaziergang durch die Städte unseres Landes führt es uns deutlich vor Augen: die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen stehen kurz bevor. Auf unzähligen Plakaten, Leinwänden und Werbetafeln prangen Personen und Botschaften, die die Wählerin und den Wähler in ihrer Wahlentscheidung unterstützen sollen.

Diese klassische Form der Wahlwerbung mag auf viele überholt wirken. Immer wieder höre ich die Frage, welchen Einfluss Plakate auf den Wahlausgang haben mögen. Beantworten kann diese Frage vermutlich niemand mit Gewissheit.

Doch aus einem ganz anderen Grund finde ich diese Art der politischen Werbung im öffentlichen Raum gut. Denn sie zeigt, dass eine Wahl mehr als ein Balkendiagramm am Wahlabend ist. Sie zeigt, dass unsere Demokratie nicht auf Prozentpunkten fußt, sondern auf ganz realen Menschen. Auf Menschen aus unserer eigenen Nachbarschaft. Auf Menschen, die für Themen und Werte stehen, die sich oftmals

aus Erfahrungen ihrer eigenen Biografie speisen.

Diese Menschen, die sich für ein politisches Mandat zur Wahl stellen, wagen sich in eine aufreibende Zeit. Die Herausforderungen auf kommunaler Ebene sind groß. Die Themen sind komplex, das Geschäft schnelllebig und die Anerkennung und der Respekt für das politische Engagement nicht immer gegeben. Und dennoch zeigt diese Ausgabe eindrucksvoll, wie



© Stadt Gelsenkirchen | Carmin Moritz

viele stolze, mutige und engagierte Menschen mit klarer Haltung wir in unserer kommunalen Familie haben. Die abgebildeten Kandidatinnen und Kandidaten stehen symbolisch für all die Kandidierenden für verschiedenste Kommunale Parlamente. Und sie alle haben eines gemeinsam: Sie möchten ihre ganze Energie, in Hauptamt

oder Ehrenamt, für ihre Kommune einsetzen.

Dieses Engagement hat Unterstützung verdient. Und diese Unterstützung beginnt mit einer Wahl am 13. September 2020.

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt
Gelsenkirchen

Olaf Scholz kann Kanzler

SPD-Kommunale begrüßen Kanzlerkandidatur



© Bundesministerium der Finanzen

Hört man im NRW-Kommunalwahlkampf Reaktionen zur Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz, sind sie nahezu ausnahmslos positiv.

Unerwartet, aber offensichtlich wahrgenommen wurde, dass sich der SPD-Vorstand einstimmig und ohne Enthaltung hinter die Kandidatur gestellt hat. Damit verbunden ist auch die Anerkennung für die beiden Parteivorsitzenden, denen es offenbar gelungen ist, Flügel zusammenzuführen und Differenzen zu überwinden. Gut so!

„Die SGK begrüßt die einstimmige Nominierung von Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten der SPD für die kommende Bundestagswahl“, so Frank Baranowski, Gelsenkirchener Oberbürgermeister und Bundesvorsitzender. „Olaf Scholz kann Kanzler. Er ist ein erfolgreicher und erfahrener Bundespolitiker. Auch in Krisenzei-

ten handelt Olaf Scholz überlegt, zielsicher und schnell. Das hat er als Bundesminister für Arbeit und Soziales in der Wirtschaftskrise 2008/2009 wie auch als Vizekanzler und Bundesfinanzminister jetzt in der Coronakrise eindrucksvoll unter Beweis gestellt“, so Baranowskis Kommentar.

Auch Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßt die Entscheidung. „Immer wieder geht Olaf Scholz in der Fraktion auf die Lage der Kommunen ein. Sein Vorschlag, den hoch verschuldeten Kommunen in Deutschland durch einen Altschuldenfond zu helfen, wurde einhellig begrüßt. Die Ablehnung durch CDU/CSU hat gleichzeitig die Un-

terschiede im Verhältnis zu den Kommunen gezeigt. Solidarität unter den Gebietskörperschaften ist die Sache der CDU/CSU nicht. Die Übernahme der Kosten der Unterkunft hat Olaf Scholz viele Jahre gefordert und wir sind dem ein ganzes Stück nähergekommen. Und seine Bereitschaft zu Investitionen im großen Stil ist beeindruckend.“

„Olaf Scholz ist auch ein Freund und Kenner der Kommunen. Als ehemaliger Bürgermeister der Hansestadt Hamburg kennt er die Herausforderungen für Großstädte aus erster Hand“, so Baranowski weiter. „In der Corona-Krise hat Olaf Scholz sofort finanzielle Hilfen für die Kommunen auf den Weg gebracht. Die SPD ist Kommunalpartei und Olaf Scholz ist unser Kanzlerkandidat. Wir werden ihn mit aller Kraft unterstützen.“

„Generationswechsel“ in der Geschäftsstelle SGK

PERSONAL



Zum 30. Juni 2020 hat **Bettina Fröhlich** nach 31 Jahren bei der SGK NRW ihren wohlverdienten Ruhestand begonnen. Wir danken Bettina für ihren jahrzehntelangen Einsatz in der SGK-Landesgeschäftsstelle und wünschen ihr einen schönen, erholsamen Ruhestand. So ganz loslassen möchte sie aber noch nicht, sie begleitet noch aktiv die Vorbereitungen zur 20. Ordentlichen Landesdelegiertenversammlung im April 2021 in Düsseldorf.



Ihre Nachfolge hat zum 1. August 2020 **Eleonore Wittkop** angetreten. Die 31-jährige gelernte Groß- und Außenhandelskauffrau arbeitete zuvor als Mitarbeiterin im Vorstandsbüro der NRWSPD und verstärkt nun die SGK-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

Nur mit starken Kommunen aus der Krise

Die SPD im Bund bleibt verlässlicher Partner der Kommunen

Gleichzeitig müssen unsere Kommunen auf die Transformation der Gesellschaft, sprich auf die Herausforderungen der Zukunft, eingestellt werden. Angefangen von besserem Klimaschutz im Wohnungsbau (CO₂-Gebäudesanierung) über die Förderung von Elektrosäulen oder wasserstoffbetriebenen Busse bis zum Wegfall des Deckels bei der Photovoltaik oder der Förderung der Windenergie und dem Breitbandausbau reichen die zusätzlichen Maßnahmen.

Fazit: Die Kommunen werden durch die Corona-Krise wie alle



© Gerd Müller

gesellschaftlichen Gruppen und politischen Ebenen vor immensen Herausforderungen gestellt. Aber auch hier gilt: Zusammenhalt, Zuversicht und Mut zu Investitionen in die Zukunft sind sozialdemokratische Antworten, für die es sich zu engagieren lohnt.



© moonrun - Fotolia

Wählen jetzt!

Kommunalwahl hat begonnen.

Der 13. September ist der Tag der Entscheidung in NRW, auf den alle hinweisen. Um 18:00 Uhr werden die Wahllokale geschlossen, die Wahllokale geschlossen, die Stimmzettel gezählt, die Wahlbeteiligung ermittelt, die Siegerinnen und Sieger gekürt oder Stichwahlen in Angriff genommen. Bis zum 13. September werden allerdings bereits rund 25 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben haben. Entweder durch die Briefwahl oder aber durch die „direkte“ Stimmabgabe im Rathaus. Denn das geht bereits seit über einer Woche und immer mehr Menschen nehmen dieses Recht in Anspruch.

Ob gut oder schlecht, faktisch hat diese Form der Wahlbeteiligung, erst recht unter Corona-Bedingungen, einen immensen Aufschwung genommen. Ur-

sprünglich nur als Möglichkeit der Wahl bei Verhinderung am Wahltag entstanden, erfreut sich die Briefwahl und auch die sogenannte Direktwahl im Rathaus wachsender Beliebtheit. Weil der Sonntag dann anders genutzt werden kann – für die Familie oder Sport und außerdem muss man nicht in der Schlange stehen. Und wer Briefwahl daheim macht, braucht auch keine Maske!

Deshalb sind Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer gut beraten, auf diese Form der Stimmabgabe hinzuweisen.

Weitere Infos und Hilfestellungen gibt es unter:



Ein solidarisches und gerechtes NRW braucht eine starke SPD

Von **Sebastian Hartmann MdB**, Landesvorsitzender der NRWSPD

Nordrhein-Westfalen ist ein wunderbares Land. Landschaftlich, aber vor allem: wegen der Menschen. Ich bin in den vergangenen Wochen viel durchs Land gefahren: vom Rheinland, über das Ruhrgebiet und das Münsterland bis nach Ostwestfalen. Ich habe Vereine, Verbände und Unternehmen besucht und bin beim Straßenwahlkampf mit den Menschen vor Ort ins Gespräch gekommen. In jedem Gespräch habe ich gespürt, wie stolz die Menschen auf ihre Heimat sind, wie sehr sie sich für ihre Stadt, für ihre Gemeinde, für ihr Viertel einsetzen und ihr Zuhause damit zu dem machen, was es ausmacht.



Demokratie beginnt vor Ort Vor Ort, wo wir leben, arbeiten und wohnen, wo unsere Kinder zur Schule gehen, wo wir entspannen, Sport treiben und uns im Verein engagieren, hier kommen wir in Berührung mit Politik. Hier kommen wir in Berührung mit Entscheidungen, die in Berlin und in Düsseldorf getroffen werden, vor allem aber auch mit Entscheidungen, die unmittelbar vor Ort in den Kommunen getroffen werden. Denn unsere erfolgreiche Demokratie fußt auf starken, handlungsfähigen Kommunen. Mit tausenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern tragen wir als SPD im ganzen Land Verantwortung. Dieses Engagement vor Ort ist unsere Stärke. Ein solidarisches und gerechtes NRW braucht starke Kommunen und braucht eine starke SPD. Es macht einen Unter-

schied, wer regiert – im Bund, im Land und eben auch in den Städten, Kreisen und Gemeinden in NRW. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen das an drei Themen fest: gute Arbeit, starke Familienpolitik und handlungsfähige Kommunen. Wo andere nur verwalten, dort wollen wir gestalten.

Die Antwort auf Corona kann nur die Sozialdemokratie geben

Durch die Corona-Krise ist in unserem Land vieles ins Rutschen gekommen. Die Krise lässt Versäumnisse der Vergangenheit wie unter einem Brennglas deutlich werden: Bestehende Missstände, Probleme und Ungleichheiten werden uns übergroß vor Augen geführt. Gleichzeitig verschärft Corona gesellschaftliche Probleme mit der Intensität eines Brandbeschleunigers. Die Antwort auf diese Kri-

se kann nur eine sozialdemokratische sein: Wir stehen für Solidarität, Sicherheit und Zusammenhalt. Wir werden weder die Sicherung von Arbeitsplätzen noch unsere Vorstellung von guter Arbeit bei der Bewältigung der Corona-Pandemie hinten anstellen. Wir brauchen in der Pflege oder an der Supermarktkasse endlich bessere Arbeitsbedingungen. Wir brauchen mehr Tarifverträge und einen besseren Arbeitsschutz. Wer jetzt Arbeitsrechte einschränken will, hat nichts verstanden.

Für eine Zukunft ohne Altschulden

Wenn ein Freibad schließen muss, weil nicht genug Geld da ist, wenn eine Bürgermeisterin erklären muss, warum nur eine Schule saniert werden kann und nicht die vielen anderen, die es auch nötig hätten, weil nicht genug Geld da ist, dann müssen wir als Sozi-

aldemokratie Lösungen suchen. Die gesamte Fachwelt ist sich einig, dass eine Lösung für die Altschulden überfällig ist und jetzt angegangen werden sollte. Viele Kommunen haben in den vergangenen Jahren hart gearbeitet und mächtig gespart, um jetzt wieder mehr im Sinne ihrer Einwohnerinnen und Einwohner gestalten zu können. Corona droht diese Sparanstrengungen zunichte zu machen; die Mindereinnahmen der Gemeinden werden auf über 15 Mrd. Euro geschätzt.

Wir fordern umgehend die Befreiung von Altschulden, um den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen wieder vollständig herzustellen: eine echte „Stunde Null“ für die Städte und Gemeinden in NRW. Es geht hier auch um faire und gleiche Bedingungen für die Kommunen. Mit Olaf Scholz haben wir einen ver-

© Peggy und Marco Lachmann-Anke auf Pixabay



lässlichen Partner für die Kommunen an unserer Seite. Wir wollen, dass die Städte und Gemeinden in NRW wieder in die Zukunft ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können. Darum geht es am 13. September bei den Kommunalwahlen um nichts weniger als die Zukunft unserer Kommunen.

Wir stehen für echte Chancengleichheit

Denn nicht der Wohnort darf darüber entscheiden, wie viel wir für einen Kita-Platz bezahlen müssen und ob wir überhaupt einen Kita-Platz bekommen. Nicht der Geldbeutel der Eltern darf vorherbestimmen, ob Kinder Kultur, Bildung und Freizeitangebote nutzen können. Das Aufstiegsversprechen und die echte Chancengleichheit sind für uns seit jeher ein Kernversprechen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung und soziale Entwicklung. Dazu gehören selbstverständlich auch digitale Lernmittel wie Tablets und Notebooks.

Niemand in Nordrhein-Westfalen soll sich Sorgen um die Zukunft seiner Kinder machen müssen, um soziale Sicherheit, um Wohnraum und um gute Arbeit. Diese Zuversicht wird vor Ort gemacht. Diese Sicherheit gibt es nur mit der SPD.



Wahlkampf mit Abstand und mit Herz

Interview mit **Nadja Lüders MdL**, Generalsekretärin der NRWSPD

Pandemie hat er dann im wahren Sinne der Worte natürlich eine erweiterte Bedeutung bekommen. Denn unsere Welt ist während der zurückliegenden Monate deutlich kleiner geworden. Das gesellschaftliche Leben war bzw. ist weitestgehend lahmgelegt. Dadurch ist es besonders wichtig, dass wir uns auf die Menschen bei uns Zuhause verlassen können. Jenseits von Corona heißt „Zuhause überzeugen“ für uns, eine lebenswerte Kommune zu gestalten. Dazu gehört die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Investition in städtische Freizeit- und Kulturangebote, die Betreuung von Senior*innen und

Kindern und auch die Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit. Besonders in Not geratene Menschen dürfen nicht zurückgelassen werden. Kurzum: Wir müssen für ein solidarisches Miteinander sorgen.

Wie erlebst du den Wahlkampf in Corona-Zeiten?

Die Corona-Pandemie beeinflusst natürlich unseren Wahlkampf vor Ort. Gerade weil persönliche Begegnungen und der direkte Dialog immer das Herzstück unseres Wahlkampfes gewesen sind. Aber ich sehe, dass unsere Wahlkämpfer*innen mit Sensibi-

lität und Fingerspitzengefühl mit dieser Situation umgehen und auf die Schnelle viele kreative Ideen für einen Wahlkampf mit Abstand, aber trotzdem mit Herz entwickelt haben. Zusätzlich ist der Online-Wahlkampf jetzt wichtiger geworden. Wir sind in der Fläche mit starken Auftritten in den Sozialen Netzwerken unterwegs. Das war natürlich schon vor Corona wichtig. Aber in Anbetracht der Lage, haben unsere Leute sehr schnell um- bzw. geschaltet und nochmal einen Gang zugelegt. Wir sind also gut aufgestellt und ich bin mir sicher, dass wir einen guten Wahlkampfsprint hinlegen werden.



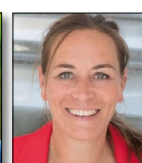
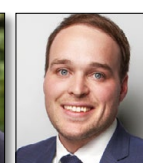
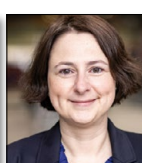
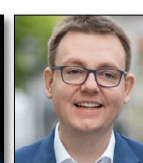
© Spencer - Fotolia

Und dann haben wir mit der Stichwahl noch eine zweite Runde vor uns.

Und das ist auch gut so! Die Klage vor dem Verfassungsgerichtshof war eine Schlappe für Armin Laschet und ein Sieg für die Demokratie. Voraussichtlich werden wir nach dem 13. September in der einen oder anderen Gemeinde noch in die Verlängerung gehen. Dann gilt es mit der gleichen Leidenschaft und Kraft bis zum 27. September noch mal die Wählerinnen und Wähler mit Herz und auf Abstand zu überzeugen.

Der Landesverband hat eine Rahmenkampagne auf die Beine gestellt mit dem Slogan „Zuhause überzeugen“. Warum habt ihr euch für diesen Slogan entschieden?

Den Slogan haben wir schon vor Corona entwickelt. Durch die

Jörg Achilles
Porta WestfalicaBirgit Alkenings
HildenReiner Allerdisen
BorchenSabine Amsbeck-Dopheide
HarsewinkelSabine Anemüller
ViersenHans G. Angrick
AlfterWerner Arndt
MarlBernd Banschkus
Kreis OlpeChristine Bär
ZülpichDr. Christof Bartsch
BrilonMarc-Marius Baumgart
SonsbeckDirk Becker
OerlinghausenReinhard Brüggemann
HochsauerlandkreisPit Clausen
BielefeldMario Dahm
HennefRalf Derichs
Kreis HeinsbergBärbel Dittrich
SoestChristoph Dolle
BlombergMathias Dopatka
AachenAndré Dora
DattelnDr. Frank Dudda
HerneBernd Dumcke
SpengeTülay Durdu
Oberbergischer KreisThomas Eiskirch
BochumDr. Monika Griefahn
Mülheim an der RuhrMartin Grohnert
DörentrupHenning Gronau
ErndtebrückMatthias Großgarten
NiederkasselUwe Grote
LohmarBurkhard Günther
HilleDirk Haarmann
VoerdeFrank Haberbosch
LübbeckeFrank Hilker
DetmoldMatthias Himmelreich
Kreis SteinfurtPeter Hinze
EmmerichDr. Martin Hoffmann
LeopoldshöheUdo Högemeier
RahdenVolker Hoven
SprockhövelRainer Hübinger
VelbertHermann Huerkamp
AhlenMichael Hübner MdL
Kreis RecklinghausenThomas Katzer
AugustdorfOliver Kern
EssenDirk Ketelaers
RheurdtAnsgar Kieven
IndenWalter Kiß
KreuztalMarcus Kleinemeyer
Bad LippspringeChristian Kleppe
Kreis SoestMarc Knülle
Sankt AugustinJulian Koch
SchlangenVeith Lemmen
WertherHelmut Lensdorf
Kreis HöxterAnja Licher-Stahlschmidt
WinterbergLiebig Ralph
BurscheidErik Lierenfeld
DormagenJochen Lintzen
HeinsbergHeinz-Jürgen Lipke
MeschedeAndreas Lipp
KerpenMario Löhr
Kreis UnnaMartin Luckert
IserlohnVolker Ludwig
NottulnBerthold Lülf
EnnigerlohFrank Müller
SteinfurtJürgen Müller
Kreis HerfordSabina Müller
FröndenbergKlaus Munk
Bad HonnefPeter Münstermann
LangerweheRüdiger Nentwig
MarsbergThorsten Neumann
WaldfeuchtThomas Orłowski
SelmJürgen Otto
VettweißDr. Peter Paic
Kreis WeselMartin Pantke
PaderbornHeinz-Josef Pascher
SchwalmtalRuth Reintke
EslöheMarion Reiter
PulheimNicole Reschke
FreudenbergKatrin Reuscher
SendenhorstUwe Richrath
LeverkusenVolker Richter
GüterslohBernd Romanski
HamminkelnAnnalena Rönsberg
Kreis ViersenPeter Rosenfeld
OlsbergUdo Rosowski
BrüggenBernd Rührup
HüllhorstSusanne Rutenkröger
BündeDr. Marc Schrammeyer
IbbenbürenMarvin Schrodke
Preußisch-OldendorfAlexander Schumacher
MonheimMarion Schunck-Zenker
LinnichKatja Schuon
UnnaDr. Peter Meinhard
Schweikert-Wehner
MechernichThomas Semmelmann
BönenSascha Solbach
BedburgEdda Sommer
HalleAlfred Sonders
AldorfSebastian Sonntag
LennestadtAndreas Späinghaus
WerldohlDierk Timm
Rhein-Erft-KreisBernd Tischler
BottropFrank Peter Ullrich
DürenMarco van de Löcht
KalkarMonika Verspohl
AschebergSascha Vilz
LangenfeldHermann-Josef Vogt
Kreis CoesfeldLissi von Bülow
BonnSebastian Wagemeyer
LüdenscheidDenis Waldästl
Rhein-Sieg-KreisPeter Wehlack
HolzwickedeWolfgang Weigel
Kreis Paderborn

Unser Team

Am 13. September, auf dem Weg nach der letzten Kommunalwahl, wurde die erste zusammengesetzte Wahlkommission mit Hauptverwaltungsbeamt*innen und abgeordneten Kandidat*innen



© Spencer - Fotolia

Kandidaten sind im Wahlverzeichnis aufgeführt. Die Kandidat*innen sind für die Wahlkommissionen benannt, die sich in den Kommunen und Kreisen bilden werden.



Andreas Becker MdL Recklinghausen, Andreas Behncke Rhein-Kreis Neuss, Thorsten Berg Oberhausen, Dietmar Bergmann Nordkirchen, Michael Billen Meerbusch, Rainer Bleek Wermelskirchen, Torben Blome Lügde, Dr. Christian Böse Swisttal, Arne Brand Lemgo, Reiner Breuer Neuss, Ralph Brodel Sundern, Michael Brosch Halver



Ingo Ellerkamp Kreis Minden-Lübbecke, Erwin Esser Wesseling, Dr. Benjamin Fadavian Herzogenrath, Dr. Günter Fiedler Geseke, Olaf Finke Xanten, Petra Freudenreich Meinerzhagen, Dieter Freytag Brühl, Thomas Geisel Düsseldorf, Jens Geyer Kreis Mettmann, Hannes Gieseler Wilnsdorf, Katharina Gläsmann Erkelenz, Frank Goossens Troisdorf

für NRW

en Tag fünf Jahre
alwahl, findet die
ahl der Räte und
nen statt. Die hier
ndidatinnen und
stehen stellvertre-
viele Tausend eh-
Kommunalpoliti-
n den Städten, Ge-
kreisen zur Wahl



Monika Hallstein Ertstadt, Rolf Hamacher Kreis Düren, Dr. Wilfried Hamann Everswinkel, Frank Hasenberg Wetter, Jutta Hecken-Defeld Wenden, Dr. Michael Heidinger Dinslaken, Felix Heinrichs Mönchengladbach, Marc Herter MdL Hamm, Nadine Heselhaus Kreis Borken



Michael Hübner MdL Kreis Recklinghausen, Kai Hutzenlaub Ochtrup, Frank Isler Wachtendonk, Michael Jäcke Minden, Claus Jacobi Gevelsberg, Wolfgang Jörg MdL Hagen, Dr. Michael Jung Münster, Stephan Kaever Simmerath, Tim Kähler Herford, Dr. Gero Karthaus Engelskirchen



Dennis Kocker Kreis Warendorf, Andreas Kossiski Köln, Thomas Kötterheinrich Ladbergen, Rajko Kravanja Castrop-Rauxel, Klaus Krützen Grevenbroich, Lars Kuhlmeier Kaarst, Tim Kurzbach Solingen, Langhard Stephan Schweim, Dr. Axel Lehmann Kreis Lippe, Sonja Leidemann Witten



Burkhard Mast-Weisz Remscheid, Gregor Mathar Monschau, Heinz Meißner Hückelhoven, Dr. Martin Mertens Rommerskirchen, Frank Meyer Krefeld, Thomas Meyer Enger, Ulrike Michel Geldern, Frank Mielke Hattingen, Marcel Mittelbach Waltrop, Sybille Mocker-Schmidt Marienmünster, Andreas Mucke Wuppertal, Andreas Müller Kreis Siegen-Wittgenstein



Carsten Peters Frechen, Sabine Pfeffer Lippstadt, Dr. Dominik Pichler Kevelaer, Alf-Ingo Pickartz Übach-Palenberg, Stefan Plag Kürten, Beate Pliete Haltern am See, Bernd Poggemöller Löhne, Christian Pospischil Attendorn, Winfried Raddatz Wester Cappeln, Christina Rähmann Mettingen, Markus Ramers Kreis Euskirchen, Carsten Rampe Billerbeck



Nicole Sander Neunkirchen-Seelscheid, Dino Sangkavada Kreuzau, Jan-Christoph Schaberick Herdecke, Olaf Schade Ennepe-Ruhr-Kreis, Bernd Schäfer Bergkamen, Markus Schallenberg Baesweiler, Herbert Schenk Lippetal, Ingmar Schiltz Siegen, Stefan Schmeink Bocholt, Rainer Schmelzter MdL Lünen, Volker Schmidt Märklischer Kreis, Nicole Schoepner Burbach



Dirk Speckmann Borgholzhausen, Christoph Sprenger Reken, Stefan Stachowiak Bad Wünnenberg, Frank Stein Bergisch Gladbach, Monika Stevens Korschenbroich, Michael Stock Wegberg, Bernd Stracke Haan, Stefan Streit Tecklenburg, Ingo Stucke Altenbeken, Christian Thegelkamp Wadersloh, Hermann Thissen Wassenberg, Dr. Roland Thomas Bad Salzuflen



Jörg Weigt Overath, Marion Weike Kreis Gütersloh, Bettina Weist Gladbeck, Karin Welge Gelsenkirchen, Inga Westermann Wickede, Ulrike Westkamp Wesel, Thomas Westphal Dortmund, Christian Wiglow Ratingen, Dietmar Winkels Willich, Bodo Wißen Rees, Ibrahim Yetim Moers, Sara Zorlu MdL Eitorf

Sicherheit vor Ort? Können wir!

Innere Sicherheit ist und bleibt eine Kernkompetenz der Sozialdemokratie

Von **Andreas Kossiski MdL**, Oberbürgermeisterkandidat in Köln

Das Thema der Sicherheit prägt in zahlreichen Kommunen die politischen Debatten: vielerorts ist die Sorge der Menschen vor Kriminalität und ein Gefühl der „Unsicherheit“ gestiegen. Die Menschen erwarten, dass auch vor Ort für mehr Sicherheit gesorgt wird. Zwar klaffen objektive Sicherheitslage und subjektives Sicherheitsgefühl oftmals stark auseinander, dennoch muss die subjektive Stimmungslage ernst genommen werden. Denn innenpolitische Debatten werden insbesondere von Rechtspopulisten oft missbraucht, um das politische Klima zu vergiften. Diese Emotionalisierung verunsichert dann beinahe zwangsläufig Teile der Bevölkerung.

Wir Sozialdemokraten haben die Aufgabe, dieser Verunsicherung und Emotionalisierung entgegenzutreten, indem wir einerseits in der Debatte für Sachlichkeit sorgen. Andererseits müssen wir tatsächlich vorhandene Defizite offen benennen und uns um Lösungen kümmern. Innere Sicherheit ist ein wesentliches sozialdemokratisches Thema. Gerechtigkeit und Solidarität können nur in einer friedfertigen und sicheren Ge-

sellschaft entstehen und in diesem Bereich gilt: Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik darf gerade deshalb nicht einseitig und ausschließlich auf polizeiliche Maßnahmen fixiert sein, sondern muss vorausschauend für die Menschen gestaltet werden. Hier sind unsere Kommunalpolitiker und -politikerinnen gefordert, denn sie kennen die Sorgen der Menschen vor Ort!

Gesamtgesellschaftlichen Innenpolitik

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion habe ich die Strategie der „Gesamtgesellschaftlichen Innenpolitik“ entwickelt. Hierbei handelt es sich um den Entwurf einer ganzheitlich ausgerichteten Sicherheitspolitik, die dazu beitragen soll, aktuellen und zukünftigen Kriminalitätsphänomenen besser zu begegnen. Die Kommunen sind ein wichtiger Bestandteil dieses Konzepts, denn das Wissen über die lokalen Gegebenheiten und die Probleme vor Ort für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung ist vorhanden und muss genutzt werden.



Zu den inhaltlichen Schwerpunkten erfolgreicher kommunaler Sicherheitspolitik gehört eine moderne Präventionsarbeit. So kann die potenzielle Begehung von Straftaten frühzeitig erkannt und vermieden werden. Dabei ist es erforderlich, dass sich alle Akteure – Polizei, Justiz, Schule, Jugendämter, Sozialarbeiter – stärker als bisher untereinander vernetzen. Vor allem „Kriminalpräventive Räte“ oder auch „Kommunale Ordnungspartnerschaften“ haben ein großes Potential. Gerade hier tauschen sich unterschiedliche Insti-

tutionen über geeignete, auf die Verhältnisse vor Ort ausgerichtete Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung aus, dies gilt es zu nutzen.

Es ist wichtig auch städtebauliche Aspekte und die damit verbundene Beseitigung von „Angsträumen“ einzubeziehen. Wo die Verwahrlosung eines öffentlichen Raums hingenommen wird, wächst häufig auch das subjektive Unsicherheitsgefühl der Menschen, oftmals ohne dass eine tatsächliche Zunahme von Kriminalität zu beobach-



© OpenClipart-Vectors auf Pixabay

ten ist. Hier kann auf kommunaler Ebene frühzeitig gehandelt werden. Eng damit verknüpft ist ebenfalls das Erfordernis einer Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste.

Die SPD darf auf der kommunalen Ebene die Deutungshoheit beim Thema Sicherheit nicht der politischen Konkurrenz oder den demokratiefeindlichen Initiativen überlassen! Wir müssen vor Ort Antworten auf die Sorgen der Menschen geben. Ein konsequentes Vorgehen gegen Kriminelle, eine wirkungsvolle Präventionsarbeit sowie Investitionen in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zur Bekämpfung der Ursachen für Kriminalität sind dabei der Kernbereich einer erfolgreichen sozialdemokratischen Sicherheitspolitik!

Wahlwerbung auch noch am Wahltag möglich!

Kandidatinnen und Kandidaten dürfen grundsätzlich auch noch am Wahltag Wahlwerbung machen. Dies kann zum Beispiel anhand von Wahlplakatwerbung etwa auf dem Weg zum Wahllokal, per Tür-zu-Tür Wahlkampf oder durch Türanhänger „Heute SPD wählen“ erfolgen.

Die Werbung am Wahltag stellt generell keine unerlaubte Beeinflussung der Wählerinnen und Wähler und damit auch keinen Verstoß gegen die Grundsätze der Wahlfreiheit und Wahlgleichheit dar.

Das verfassungsrechtliche Gebot der Wahlfreiheit besagt, dass jede wahlberechtigte Person ihr aktives Wahlrecht ohne jeglichen Zwang oder Druck oder sonstige unzulässige direkte oder indirekte

Einflussnahme von außen auf die Entschließungsfreiheit ausüben können muss.

Jedoch schränken die Wahlgesetze die Wahlwerbung am Wahltag ein. Verboten ist während der Wahlzeit jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung in und an dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude.

Um eine unzulässige Beeinflussung der Wähler und Wählerinnen zu verhindern, ist die unmittelbare Umgebung des Wahllokals von jeglicher Wahlbeeinflussung und jeglicher Unterschriftensammlung freizuhalten. Die unmittelbare Umgebung des Wahllokals und der Zugang zum Wahlgebäu-



© Spencer - Fotolia

de hängt dabei von den örtlichen Gegebenheiten ab. Plakate und Wahlwerbung werden entfernt. Das Verwaltungsgericht Koblenz (K 2920/04.KO) urteilte z.B., dass ein 10,1 Meter vom Eingang zum Wahllokal einer Grundschule entferntes sowie hierzu ca. 7 Meter seitlich versetztes auf der gegenüberliegenden Seite an einer Einmündung zu einer Seitenstraße angebrachtes Wahlplakat keine Beeinflussung der Wähler sei. Das Gericht begründet dies damit, dass aufgrund der Umstände (nicht direkt am Eingang) und der konkreten örtlichen Gegebenheiten eine Beeinflussung der Wähler im unmittelbaren Eingangsbereich zum Wahlraum nicht feststellbar sei.

Neue Online-Seminare

Sitzungen erfolgreich leiten



Jetzt anmelden auf www.sgk.nrw

Aufgrund der großen Nachfrage haben wir unser Angebot an Online-Schulungen weiter ausgebaut. Seit Anfang Juli wird das Angebot jetzt mit unserer bekannten SGK-Schulung „Sitzungen erfolgreich leiten“ ergänzt.

In den „SGK-Studios“ in der SGK-Landesgeschäftsstelle haben wir das Tagesseminar mit dem bekannten Radiomoderator und Trainer – Tom Hegermann – in drei Teilen aufgezeichnet und stellen es Euch als Abrufseminar auf unserer Online-Schulungsplattform zur Verfügung!

Vorankündigung

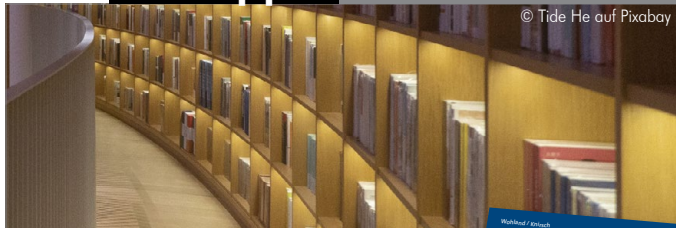
Das kommunale Mandat NKF

Unsere SGK-Startup-Seminare werden wir Euch bald ebenfalls

Grundlagen des Baurechts

als Online-Schulungen zur Verfügung stellen.

SGK-Buchtipps



LEITFADEN FÜR DIE RATSARBEIT
ERLÄUTERUNG DER VORSCHRIFTEN
DER NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN
GEMEINDEORDNUNG ANHAND VIELER
BEISPIELE UND HINWEISE

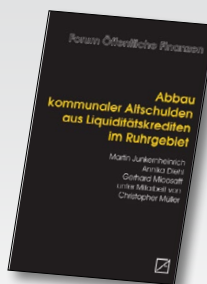


Von Andreas Wohlland und Dr. Hanspeter Knirsch, 7. Auflage 2020, 248 Seiten, DIN A5, ISBN: 978-3-9820213-5-5, Stückpreis 21 Euro - ab 21 Stück 19 Euro - ab 41 Stück 15 Euro, Schaab & Co. GmbH

Der Leitfaden für die Ratsarbeit behandelt in systematischer Form Themen, die die Stellung des Rates, der Ratsmitglieder, der Bürgermeisterin, des Bürgermeisters und der Ausschüsse betreffen und rüstet so Mandatsträger*innen mit dem nötigen Basiswissen aus. Durch seine klare Gliederung, Konzentration auf Anfragen aus der Praxis und ein Stichwortverzeichnis hat sich der Leitfaden als praktische Hilfestellung für neue und altgediente Ratsmitglieder, sowie für Mitarbeiter*innen der Verwaltung bewährt.

Die 7. Auflage beinhaltet die Einarbeitung aller Gesetze der letzten sechs Jahre, die zu den Änderungen in der Gemeindeordnung geführt haben und eine im Rahmen des Haushaltsrechts dargestellte Erläuterung der neu gefassten Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO). Gleichzeitig bietet der Leitfaden fundierte Hilfe zur Orientierung im Haushaltsrecht (NKF). Die Änderungen der Gemeindeordnung, die durch das sog. Epidemie-Gesetz erfolgt sind, werden bereits dargestellt und erläutert.

ABBAU KOMMUNALER ALTSCHULDEN AUS
LIQUIDITÄTSKREDITEN IM RUHRGEBIET



Von Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Annika Diehl und Gerhard Micosatt unter Mitarbeit von Christopher Müller, Analytica Verlag, Band 16 in der Reihe „Forum öffentliche Finanzen“, 1. Auflage 2019, 159 Seiten, ISBN: 978-3-929342-85-7, 25,90 Euro

Der 16. Band enthält das Gutachten des Regionalverbandes Ruhr zur aktuellen Diskussion über den Abbau kommunaler Altschulden der Metropole Rhein-Ruhr und die Vermeidung neuer Schulden. Die Studie geht der Frage nach, ob sich ein solidarischer Schuldenabbau durch Kommunen, Land und Bund begründen lässt und wie eine dauerhafte Problemlösung konkret ausgestaltet werden kann.

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich ist Inhaber des Lehrstuhls für Stadt-, Regional- und Umweltökonomie unter besonderer Berücksichtigung finanzpolitischer Aspekte an der TU Kaiserslautern, Professor für Kommunal- und Regionalpolitik und Autor zahlreicher finanzwissenschaftlicher Gutachten.

Annika Diehl ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Stadt-, Regional- und Umweltökonomie der Technischen Universität Kaiserslautern.

Gerhard Micosatt ist studierter Diplom-Geograf sowie Inhaber der Forschungsgesellschaft Micosatt und forscht im Bereich der Finanzpolitik.

Verschiedene Simulationen und Grafiken veranschaulichen die Bedingungen für eine gelungene Entschuldung der Kommunen.

Für einen kurzen Überblick ist der Studie eine Zusammenfassung vorangestellt.

Das Hertener Digital-Symposium



Langfristige Erfolge und Ergebnisse sichern

Von Frank Lelke, Sprecher des Digital-Symposiums der Hertener SPD

Im Hertener Norden wurde 2018 die Idee geboren, Digitalisierung als Schwerpunkt aufzunehmen auf die sozialdemokratische Agenda zu setzen. Gemeinsam mit unserem SPD-Landtagsabgeordneten Carsten Löcker beziehen wir seitdem sehr klar Position zu vielen Themenbereichen der Digitalisierung in der Stadt und im Kreis.

Gestartet wurden die SPD „Informations- und Diskussionsplattformen: Digital-Symposium“ für Bürgerinnen und Bürger mit hochkarätiger Besetzung aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Oliver Burkhard (CHRO Thyssen-Krupp), Sebastian Hartmann (Vorsitzender der NRWSPD), Francesco Grioli (Hauptvorstand IG BCE), Gerd-Michael Hüken (Accenture Management Beratung), Prof. Dr. Reinhard Schütte (Uni Duisburg-Essen), Günter Mossal (Presseprecher Deutsche Telekom), Gabriele Schmidt (Landesleiterin ver. di NRW), Dirk Erhöfer (Hauptgeschäftsführer Arbeitgeberverband Westfalen) sind neben wichtigen lokalen Akteuren einige Beispiele. Uns ist wichtig zentrale Zukunftsthemen aufzunehmen und ergebnissichernde Lösungen zu konzipieren, die auch umsetzbar sind. Damit erreichen wir Zuspruch, bei den Bürgerinnen und Bürgern aller Altersklassen. Die gezielte Kommunikation über soziale Medien sichert ebenfalls die Aufmerksamkeit vor allem der jüngeren Wählerinnen und Wähler. Die Bedeutsamkeit unserer Arbeit hat der NRWSPD-Chef Sebastian Hartmann durch die Übernahme der Schirmherrschaft unseres Symposiums bereits gezeigt.

hat, aber nun Früchte zu tragen beginnt. Nach einer verlorenen Kommunalwahl und verbesserungsbedürftigen Umfragewerten

ten. Im gemeinsamen Workshop mit den Hertener Schulleitungen, umfangreichen Erfahrungsaustauschen mit den digitalen Vorzeigekommunen Gelsenkirchen und Köln sowie Abstimmungen mit der kommunalen Schulverwaltung, wird im Juni der Antrag zur digitalen Infrastruktur in allen Hertener Schulen im Stadtrat eingebracht. Im September kommt es nun, auf Drängen der SPD, zu



der SPD im Kreis Recklinghausen wird das Thema 2018 mit dem Anspruch aufgenommen, die Ergebnisse für die Region zu reproduzieren, um das Vertrauen der Wähler über unsere Stadt hinaus in die SPD zu stärken.

einer Ratssitzung, die über das weitere Vorgehen und die Umsetzung entscheidet. Doch dem nicht genug: Nächstes Thema auf der Agenda ist „Smart City“. In insgesamt drei Symposien bis zum Jahresende sollen die Grundlagen für ein „Smart City Herten“-Konzept geschaffen werden. Spätestens Anfang 2021, wird die SPD dann den nächsten Antrag auf dem Weg zum Digitalstandort Herten in den Rat einbringen.

Vor Ort sind wir stolz auf die Ergebnisse: Ein Positionspapier Digitalisierung und Nachhaltigkeit, kompakt auf 2 Seiten, zu den Herausforderungen und Zielen der Hertener Sozialdemokra-

Die Digital-Symposien finden – unabhängig von der aktuellen Corona-Krise – von Anfang an in der sogenannten Hybrid-Form statt. Das heißt: Präsenzveranstaltung, Livestream und Video-Konferenz in einem. Eine Entwicklung, die viel Arbeit gekostet



IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

Herausgeber: Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW) Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich (auch für Anzeigen): Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung: SGK NRW, Postfach 20 07 04, 40104 Düsseldorf

Herausgeber: Tel.: 0211-876747-0, Fax: 0211-876747-27, info@sgk-nrw.de, www.diekommunale.de, Facebook: facebook.com/SGKNRW

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Straße saniert,

Existenz ruiniert!

**Unfaire Straßenausbaubeiträge
abschaffen!**

NRW
DIE FRAKTION

SPD



**Sie sind ungerecht, unsozial und füttern das immer
größer werdende Bürokratiemonster**

Straßenausbaubeiträge können jede Hausbesitzerin und jeden Hausbesitzer treffen und für manche bedeuten sie den finanziellen Ruin. Besonders hart trifft es häufig junge Familien und Rentner*innen. Menschen also, die sowieso schon vor besonderen Herausforderungen stehen. Menschen, die sich das Einfamilienhaus als Investition in ihre Zukunft geleistet haben. Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, um im Alter abgesichert zu sein. Besonders auf dem Land, wo sich weniger Grundstücksbesitzer*innen die Kosten teilen müssen, ist es keine Seltenheit, dass Bescheide in fünfstelliger Höhe im Briefkasten der Anlieger landen. Straßenausbaubeiträge sind unfair. Das System kann nicht mehr reformiert werden. **Der Meinung sind wir nicht alleine. Wir stehen Seite an Seite mit fast einer halben Millionen Unterzeichner*innen der erfolgreichsten Volksinitiative NRWs.**



DIE LANDESREGIERUNG STELLT SICH QUER

„Freibier für alle“, so bezeichnet der Vorsitzende der regierungstragenden CDU-Fraktion im Landtag NRW das berechtigte Anliegen hunderttausender Bürger*innen. Dabei sind Straßenausbaubeiträge auch für die Kommunen zunächst einmal mit hohen Kosten und großem Aufwand verbunden. Die Organisation und Durchführung der Maßnahmen vereinnahmen bisher mindestens die Hälfte der eingetriebenen Beiträge. Oft auch mehr als das. Da muss die Frage gestattet sein, ob der vergleichsweise geringe Ertrag den großen Aufwand und vor allen Dingen das persönliche Opfer der betroffenen Menschen wert ist.

DAS SYSTEM IST NICHT REFORMIERBAR

Die mehr schlecht als recht zusammengeschusterte Reform der Landesregierung hat auch nicht weitergeholfen. Schwarz-Gelb ist krachend gescheitert. Entstanden ist ein noch komplizierteres System, dessen Kosten die bisherigen sogar noch übersteigen. So werden Straßenausbaubeiträge auch weiterhin dafür sorgen, dass Menschen in Existenznöte geraten.

Das zeigt: Die ungerechten Beiträge gehören ersatzlos abgeschafft!

Deshalb haben wir im Sommer erneut eine Initiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW gestartet. Wir geben im Kampf für die Bürger*innen nicht klein bei.



THOMAS KUTSCHATY

Fraktionsvorsitzender

**„Straßenausbaubeiträge
sind ungerecht
und bürokratisch.“**

**Das System ist
nicht reformierbar und
gehört abgeschafft.
Es ist Zeit, dass
die Landesregierung das
endlich einsieht.“**

Weitere Infos unter:

www.spd-fraktion.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Platz des Landtags 1 // 40221 Düsseldorf
0211-88 44 777 // spd-fraktion@landtag.nrw.de